

Antrag

der Piratenfraktion

Filmförderung I: Freie Lizenzierung von Filmen bei Nichtrückfluss von Fördermitteln

Das Abgeordnetenhaus wolle beschließen:

Der Senat wird aufgefordert, sich dafür einzusetzen, dass in die Förderrichtlinien für die Filmförderung durch das Medienboard Berlin-Brandenburg eine Regelung zur freien Lizenzierung von Filmen aufgenommen wird, deren kommerzielle Verwertung keinen Rückfluss von Fördermitteln ermöglicht.

Dazu soll durch entsprechende vertragliche Regelungen festgeschrieben werden, dass nach Ende der Rückzahlungsfrist (im Regelfall fünf Jahre) der geförderte Film unter einer geeigneten freien Lizenz veröffentlicht wird, sofern das Förderungsdarlehen nicht getilgt werden konnte.

Begründung:

Die deutsche Filmwirtschaft ist in ihrer gegenwärtigen Form in erheblichem Maße von der deutschen Filmförderung abhängig: Kaum ein deutscher Film ist nicht auch aus Fördermitteln finanziert, das Gesamtvolumen ist im dreistelligen Millionenbereich. Träger sind auf Bundesebene die Filmförderungsanstalt (FFA) und die verschiedenen Förderungseinrichtungen auf Landesebene, in Berlin das Medienboard Berlin-Brandenburg, aus dessen Fonds pro Jahr ca. 27 Mio. Fördermittel ausgezahlt werden.

Eine weitere Besonderheit der deutschen Filmförderung ist die, dass es sich größtenteils nicht um Kulturförderung im eigentlichen Sinne handelt, sondern vielmehr um Wirtschaftsförderung für die deutsche bzw. lokale Filmwirtschaft; entsprechend werden Förderungen an Filmprojekte nach Kriterien der Wirtschaftlichkeit vergeben. Im Erfolgsfall wird eine Rückzahlung der formal als Darlehen ausgezahlten Fördermittel erwartet. So auch beim Medienboard Berlin-Brandenburg. Faktisch fließt jedoch nur ein Bruchteil dieser Mittel tatsächlich direkt zurück.

Es existiert also eine relevante Anzahl von Filmen, die durch öffentliche Mittel zustande gekommen sind und für die keine erfolgreiche kommerzielle Verwertung möglich war. Diese Filme sollten der Allgemeinheit möglichst frei zur Verfügung gestellt werden. Ein Verlust an Einnahmen durch die freie Lizenzierung ist nicht zu erwarten, da der Versuch der kommerziellen Verwertung bereits vorgenommen wurde und auch die Frist, in der nach üblichen Kalkulationen mit relevanten Einnahmen zu rechnen ist, abgelaufen ist.

Eine solche Regelung lässt sich problemlos auf vertraglicher Ebene als Bedingung für den Erhalt von Fördermitteln festschreiben.

Berlin, den 08.04.2013

Weiß Herberg
und die übrigen Mitglieder
der Piratenfraktion